

WAHLPROGRAMM

***HOLEN WIR UNS
DIE ZUKUNFT.***

FDP BERLIN-MITTE

Präambel

Die Freien Demokraten stehen für Freiheit und Eigenverantwortung. Diese Werte sind in den vergangenen Jahren in Berlin und im Bezirk Mitte in Bedrängnis geraten. Mit einer starken FDP in Mitte kämpfen wir für Freiheit und Eigenverantwortung in der Kommunalpolitik und verteidigen die Mitte Berlins gegen Bevormundung und Bürokratie.

Mitte ist das politische und eines der wichtigsten kulturellen Zentren Deutschlands. Daraus leitet sich auch unser kommunalpolitischer Anspruch ab. Wir suchen nicht einfach die Schuld für Fehlentwicklungen wahlweise beim Berliner Senat oder dem Bund. Vielmehr werden wir die bezirklichen Kompetenzen ausreizen, um unseren Bezirk besser zu gestalten. Niemand lebt in Mitte in der Erwartung, dass alles bleibt, wie es ist. Wir werden Veränderung zulassen und gestalten, nicht verhindern, aussperren und deckeln. Das ist notwendig, weil Mitte besonders in der Corona-Pandemie gelitten hat. Mit dem Lockdown sind zahlreiche Wirtschaftsbereiche eingebrochen, viele Geschäfte mussten schließen. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass Mitte nach der Pandemie seine alte Attraktivität und Wirtschaftsstärke zurückgewinnt. Die FDP setzt sich dafür ein, den Wohn-, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zu stärken

Bei der Digitalisierung hat Mitte den Anschluss verloren. Das werden wir ändern und den Ausbau der notwendigen Infrastruktur im Boden und auf den Dächern vorantreiben. Wir werden Verwaltungsprozesse in den Bürgerämtern digitalisieren und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bezirksamt und in den Schulen in ihren Kompetenzen stärken.

Mit unseren Schulen wollen wir dahin, wo unsere Hochschulen schon sind: An die Spitze. Dafür brauchen wir funktionierende Schulen mit der besten digitalen Ausstattung.

Viele Menschen wollen in Mitte leben. Da helfen kein Mietendeckel und keine Wohnungsenteignung, sondern nur der Bau von Wohnungen. Dafür erlauben wir auch mal, dem Himmel ein Stück näher zu kommen.

Vielen Menschen kommen nach Mitte und pendeln mitunter täglich. Verkehr und Mobilität werden wir lenken, nicht verhindern. Kein Verkehrsmittel soll verdrängt und kein Verkehrsmittel gegen ein anderes ausgespielt werden.

Eine bessere Akzeptanz des öffentlichen Nahverkehrs wollen wir mit verlässlicher und kurzer Taktung, sowie komfortablen und sicheren Bussen, Bahnen und anderen Verkehrsmitteln erreichen, statt mit Verkehrseinschränkungen. Das bestehende Radwegenetz bauen wir aus und machen es noch attraktiver und sicherer. Die Menschen aus Mitte werden auch weiter mit ihrem PKW in Mitte leben und unterwegs sein dürfen. Menschen, die nicht in Mitte leben, sollen weiterhin die Möglichkeit haben, mit dem Verkehrsmittel ihrer Wahl - gerne auch dem Auto - zu uns zu kommen!

Mit starken Freien Demokraten wird die Politik in Berlin-Mitte in Zukunft wieder freiheitlicher sein und auf die Verantwortung des Einzelnen setzen. Wir werden als starke Kraft in der Bezirksverordnetenversammlung selbstbewusst gestalten und arbeiten. Die FDP wird sich auch weiterhin pragmatisch in die Kommunalpolitik einbringen und lösungsorientiert den notwendigen Wandel gestalten. Dabei arbeiten wir mit allen zusammen, die bereit sind, das Zusammenleben und das Wirtschaften im Bezirk zu verbessern.

Für eine moderne Mitte

Bis zum Lockdown prägten Tourismus, Kulturbetriebe, Gastronomie und Dienstleistungen das Straßenbild. Dann mussten viele lieb gewordenen Geschäfte und Gaststätten wegen der Pandemie schließen. Die FDP möchte die Verwaltung modernisieren und die Wirtschaft in Mitte stärken und wiederbeleben. Schlüssel dazu sind Digitalisierung und das Vertrauen in die Eigenverantwortung eines jeden.

Für einen besseren Bürgerservice vor Ort

Vor 15 Jahren hat es in Berlin ohne Termin zwei Stunden gedauert, sein Auto umzumelden, heute dauert es drei Monate, bis man überhaupt einen Termin bekommt. Das nervt die Menschen, schadet Mitte als Wirtschaftsstandort und kostet zu allem Überfluss auch noch Geld, das an anderen Stellen sinnvoller eingesetzt werden kann. Die Verwaltung in Mitte muss funktionstüchtiger und serviceorientierter werden. Das moderne Bürgeramt ist schnell und digital.

- Niemand soll länger als 30 Tage auf einen Termin im Bürgeramt warten müssen. Dringende Angelegenheiten wie die Verlängerung eines Personalausweises oder Reisepasses, sowie die Beantragung eines Unterhaltsvorschusses muss auch ohne Termin erledigt werden können. Für die Beantragung eines Personalausweises oder Reisepasses ist ein Besuch im Bürgeramt genug. Behördengänge für Familien sollen gekoppelt werden können.
- Ein Willkommensbüro/Welcome Office nach Hamburger Vorbild ist die erste Anlaufstelle aller Menschen, die nach Berlin ziehen. Das Büro bietet alle Dienstleistungen des klassischen Bürgerservice ebenso an, wie ausländerrechtliche Leistungen oder die Beratung zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse.
- Alle Dienstleistungen und Anträge der Verwaltung sollen online zur Verfügung stehen und soweit möglich auch digital abgewickelt werden können.
- Wartezeiten von bis zu drei Monaten sind inakzeptabel. Gleichartige Verwaltungstätigkeiten sollen in Dienstleistungszentren ("Shared-Service-Centres") gebündelt werden. Das entlastet die einzelnen Sachbearbeiter. Die Bearbeitung lässt sich automatisieren und die Fehlerquote senken.

- Das Forderungsmanagement des Bezirks muss besser werden, um etwa offene Gebühren und Bußgelder einbeziehungsweise geleistete Unterhaltsvorschüsse vom unterhaltspflichtigen Elternteil zurückzufordern.
- Die Ausländerbehörde sollte in jedem Bezirk eine Anlaufstelle haben. Das ist bürgerfreundlicher und macht die Verknüpfung mit den anderen Dienstleistungen des Bürgeramtes einfacher.
- Neben Deutsch muss Englisch in der internationalen Metropole Berlin ergänzende Verkehrssprache im Bürgeramt werden. Auch alle Formulare, Anträge und Informationsmaterialien müssen auf Englisch zur Verfügung stehen.
- Für Dienstleistungen, die weder gesonderter Sicherheitsstandards bedürfen noch hoheitliche Aufgaben betreffen (z.B. Anwohnerparkausweis) soll die Bezirksverwaltung auch private Anbieter beauftragen.

Mit einem guten Familienservice schnell zum Kitaplatz

Verwaltungsversagen in Mitte zeigt sich exemplarisch in der mangelnden Unterstützung junger Mütter und Väter. Eltern warten wochenlang auf die Geburtsurkunde ihres Babys und erleben danach im Regelfall eine wahre Odyssee, einen KiTa-Platz für ihr Kind zum gewünschten Zeitpunkt zu erhalten.

- Ein funktionierender Kitanavigator zur zentralen Online-Anmeldung bei allen öffentlichen und privaten Kindertagesstätten, transparente Wartelisten und ein vollständig digitales Aufnahmeverfahren wären für Mütter und Väter eine wichtige Hilfe.
- Wir brauchen nicht nur mehr KiTa-Plätze in Mitte, sondern auch flexiblere Öffnungszeiten. KiTas mit flexibleren Öffnungszeiten und erweiterten Betreuungsangeboten in den Randstunden wie z.B. 24-Stunden-KiTas sind ein Muss und bringen insbesondere für Alleinerziehende sowie für Eltern in Berufen mit Nacht- und Schichtbetrieb notwendige Entlastung.
- Eine Online-Liste, in die sich Tagesmütter eintragen können, hilft Eltern zusätzlich, schneller eine Betreuung für ihr Kind zu finden.

Für einen „Smart Bezirk Mitte“

Mittelfristig wollen wir Mitte zum „Smart Bezirk Mitte“ machen, der intelligente und digitale Systeme nutzt, um die öffentliche Infrastruktur zu steuern. Das fängt bei Verkehrs- und Parkleitsystemen an und muss bei der bedarfsgerechten Leerung von Mülleimern und öffentlicher Bürgerbeteiligung nicht aufhören. Auf Künstlicher Intelligenz (KI) basierende Verkehrs- und Ampelsteuerung hilft, Staus und Abgase massiv zu reduzieren, erhöht die Lebensqualität und schützt das Klima. Deswegen ist es selbstverständlich, die Beschäftigten des Bezirks zu schulen, ihre digitalen Fähigkeiten zu fördern und ihre Fremdsprachenkompetenz auszubauen. Der

Schulungsbedarf der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist zielgerichtet zu ermitteln und das Qualifizierungsangebot gegebenenfalls auszuweiten.

Mitte als Zentrum einer lebendigen Wirtschaft

Wir wollen, dass Mitte nicht nur politisches Zentrum der Bundesrepublik Deutschland mit Bundestag, Bundesrat und den Ministerien ist, sondern auch als Wirtschaftsstandort attraktiver wird. Dies betrifft sowohl die Ansiedlung von Unternehmen, als auch Neugründungen.

- Wir schätzen selbständiges, wirtschaftliches Engagement. Wir wollen deshalb mehr Menschen zu einer Unternehmensgründung ermutigen. Jedoch gerade in der Gründungsphase gefährden bürokratische Hürden den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens. Solche Hindernisse müssen abgebaut und Neugründungen einfacher werden.
- Wir brauchen endlich ein Gründerinnen- und Gründerbüro in Mitte. Es soll Gründerinnen und Gründer unterstützen, Anmeldeunterlagen entgegennehmen und sie an die richtigen Ämter und Gerichte weiterleiten. Im Sinne einer One-Stop-Agency sollen dabei möglichst alle Behördengänge mit einem Kontakt erledigt werden können. Das Büro wird auch zum Helfer für internationale Gründerinnen und Gründer, die nach Mitte kommen.
- Ein Willkommensbüro/Welcome Office soll Unternehmen, die ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einstellen wollen, bei aufenthaltsrechtlichen Fragen helfen.
- Wir möchten die Start-up-Community in Mitte mit den Institutionen der Wissenschaft im Bezirk verknüpfen. Nicht nur in der Pandemie zeigen die Charité und ihr Umfeld an Biotech-Unternehmen, zu welcher herausragenden Leistungen sie fähig sind. Wir stehen im Gegensatz zu anderen Parteien gentechnischen Innovationen offen gegenüber und wollen künftig für Mitte um Unternehmen wie BioNTech oder CureVac werben.
- Delivery Hero ist inzwischen das erste DAX-Unternehmen, das in Mitte seine Heimat gefunden hat. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass es nicht das einzige bleibt, indem die Bezirkspolitik sich aktiv um Ansiedlungen kümmert und Investitionsbarrieren aus dem Weg räumt. Wir werden mit einer serviceorientierten Verwaltung bestmögliche Unterstützung vor Ort anbieten. Mitte darf nicht nur für junge, aufstrebende Start-ups, sondern muss auch für reife und wachstumsstarke Unternehmen attraktiv sein.

Für ein attraktives Zusammenspiel von Gastronomie, stationärem Einzelhandel und Tourismus

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass nach der Krise Mitte seine hervorgehobene Stellung in Berlin behält. Dringliche Aufgabe bezirklicher Wirtschaftspolitik ist es, Gastronomie- und stationären Einzelhandel nach der Pandemie wiederzubeleben. Dieses Problem kann der Bezirk nicht allein lösen,

er kann aber mit dem Abbau bürokratischer Hürden dabei helfen, etwa mit einem digitalen und vereinfachten Verfahren zur Umwidmung von Gewerbeflächen.

Die Gastronomie braucht bessere Rahmenbedingungen. Dazu zählen die Möglichkeit der Außengastronomie bis 23 Uhr zu öffnen, die zeitweilige Aufhebung des Heizpilzverbots und das Selbstbestimmungsrecht über Raucherräume. Wir wollen, dass Sondernutzungsflächen für den Einzelhandel, Schankbetriebe und kulturelle Projekte unbürokratisch ausgewiesen werden und dass befestigte Aufenthaltsräume wie Schankvorgärten auf den Gehwegunterstreifen den Betrieb von Gastronomie und Einzelhandel ermöglichen. Die Barrierefreiheit ist hierbei zu berücksichtigen.

Spätis sollen öffnen dürfen, wann sie wollen. Sie prägen die authentische und lebendige Atmosphäre in Mitte und sind wichtiger Anlaufpunkt für Kiez-Bewohnerinnen und -Bewohner, die viel unterwegs sind und sich so versorgen wollen.

Auch nach der Pandemie soll Mitte wieder das Tourismuszentrum Berlins sein. Die Wirtschaftsförderung des Bezirks Mitte muss jetzt dazu ihren Beitrag leisten. Dabei soll Mitte sich in Zusammenarbeit mit Kulturträgern, Wirtschaft und weiteren Akteuren um ein attraktives Veranstaltungsangebot nicht nur im Kernbereich einsetzen und sich im Rahmen einer Gesamtkonzeption um eine angemessene Entlastung des Verkehrs und der Anwohner bemühen. Da der Tiergarten in erster Linie als Naherholungsgebiet erhalten bleiben soll und die Straße des 17. Juni als wichtige Ost-West-Achse für den Straßenverkehr dient, werden wir das Areal zwischen Siegestsäule und Brandenburger Tor als Event- und Partylocation entlasten.

Für lebendige Kieze

Unsere Kieze müssen lebendiger werden. Ein lebendiger Kiez verbessert nicht nur die Lebensqualität und schafft lokale Verbundenheit, sondern reduziert auch insgesamt die Verkehrsbelastung durch Pendelverkehr, wenn der Wohnort nicht kilometerweit vom Arbeitsort entfernt liegt.

Für mehr Bauen und bezahlbares Wohnen

Entscheidend sind die Schaffung neuen Wohnraums zur spürbaren Entlastung des Wohn- und Mietmarkts sowie mehr Freiraum für ansässige Gewerbetreibende. Mitte ist nicht Provinz! Der Bezirk muss deshalb auch stadtplanerisch seiner Innenstadtfunktion gerecht werden, um für möglichst viele Menschen eine attraktive Heimat zu bieten. Im Einzelnen heißt das:

- Mitte muss (leitplangemäß) endlich Hochhausstandort werden und den Bau von Hochhäusern ohne Höhenbegrenzung und die Aufstockung bestehender Gebäude fördern. Insbesondere der Alexanderplatz, die Europacity und der Potsdamer Platz (wo es schon viele hohe Wohnhäuser gibt) bieten sich an, um dringend benötigte Nutzfläche für Gewerbe und Wohnungen zu schaffen.
- Neben der kooperativen Baulandentwicklung mit einem Anteil an Sozialwohnungen soll sich der Bezirk verstärkt für die Schaffung von Wohnraum im mittleren Preissegment einsetzen. Denn für Menschen mit

einem mittleren Einkommen ist es in Mitte kaum mehr möglich, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

- Die Einrichtung von Lademöglichkeiten für E-Fahrzeuge sollte bei Neubauprojekten zum Standard werden, um den notwendigen Ausbau der Ladeinfrastruktur für klimafreundliche Antriebsarten zu fördern.
- Bei Neubauten soll mehr Augenmerk auf Spielmöglichkeiten für Kinder liegen. Bauherren müssen hier stärker in die Pflicht genommen werden.
- Die in den Milieuschutz-Verordnungen geregelten überflüssigen Eingriffe, wie das Verbot des nachträglichen Anbaus von Aufzügen oder bestimmte Sanitäreinrichtungen zu modernisieren, gehören abgeschafft. Denn hiermit werden insbesondere Investitionen und Modernisierungen für mehr Barrierefreiheit verhindert.
- Das Instrument des Vorkaufsrechtes werden wir in Berlin-Mitte nicht zum Einsatz bringen.
- Der Ausbau von Dachstühlen muss deutlich vereinfacht werden um minimalinvasiv zusätzlichen Wohnraum schaffen zu können.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass möglichst viele einstöckige Supermärkte überbaut werden, um Platz für mehr Wohnraum zu schaffen. Beim Neubau von Supermärkten soll der Überbau zur Voraussetzung für Baugenehmigungen gemacht werden.

Für eine zukunfts-gewandte Stadtplanung

Die "Alte Mitte", insbesondere der Molkenmarkt und das Marx-Engels-Forum müssen entwickelt und vitalisiert werden. Dazu gehört die kleinparzellige Bebauung von Brachflächen sowie freier Flächen zwischen bestehenden Gebäuden. Die umliegenden Straßen sind in das Bauland zu integrieren.

Die Beteiligung an städtebaulichen Verfahren muss online und in einer verständlichen und barrierefreien digitalen Form.

Wir möchten mehr Grün auf Verkehrsflächen, Hausfassaden und Dächer nach dem Prinzip des „Urban Gardening“. Zusätzliches Grün etwa rund um den Alexanderplatz würde den Autobahncharakter der Straßen reduzieren. Eine gezielte Entwicklung des Uferbereichs um die Museumsinsel zu einer durchgängigen Promenade erhöht dort die Aufenthaltsqualität.

Bürgerinnen und Bürger sollen ungepflegte Beete, Freiräume unter Bäumen auf den Gehwegen unbürokratisch selbst bepflanzen können oder auch Kunstinstallationen und Sitzmöglichkeiten schaffen.

Wir setzen uns für die Nutzung von Grünflächen für kulturelle Angebote ein, und dass sie nach Prüfung ausgebaut werden, etwa beim Theater im Monbijoupark. Die Nutzungsrechte sollen regelmäßig neu ausgeschrieben werden. Auch sportliche Angebote, wie Basketballplätze oder Tischtennisplatten, sollen weiter ausgebaut oder modernisiert werden.

Wir möchten die Schaffung eines Flussbades in Mitte fördern, sofern die Kosten innerhalb der bisherigen Planungen realistisch bleiben und ein solches Bad sich ökologisch mit einem Wasserreinigungskonzept in Einklang bringen lässt.

Für einen sicheren und fließenden Verkehr

Wir setzen uns dafür ein, dass Mitte das Verkehrsaufkommen innenstadtgerecht bewältigen kann, kein Verkehrsmittel dabei verdrängt wird und zugleich innovative Formen der Mobilität gefördert werden. Dazu gehören:

- Längere Ampelschaltzeiten für Fußgängerinnen und Fußgänger und Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer.
- Smarte, KI basierte Verkehrsleitsysteme, die je nach Verkehrslage für optimalen Verkehrsfluss sorgen, werden in Mitte erprobt und, wo es sinnvoll ist, eingesetzt.
- Asphaltierte und gut markierte Fahrradstreifen, insb. auf mit Kopfstein gepflasterten Straßen.
- Mehr Fahrradbügel, möglichst dezentral und gut verteilt, ohne dafür PKW-Stellplätze umzuwidmen. Hier bietet sich an vielen Stellen der ungenutzte Raum zwischen den Baumscheiben an.
- Es sollen auch in Zukunft ausreichend Parkplätze in Mitte vorhanden sein.
- Ein zentrales Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof und Fahrradschnellstraßen für Pendler aus den Außenbezirken und dem Berliner Umland
- Gespräche mit den Randbezirken und dem Land Brandenburg über den Ausbau von Park&Ride-Angeboten an den dortigen Endpunkten des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV), um die hohe Zahl von Autopendlern nach Mitte zu reduzieren.
- Die Verlängerung der U-Bahnlinie 5 über die Turmstraße bis zum Gelände des Flughafen Tegels
- Sichere, saubere und möglichst barrierefreie Haltestellen für U-, S-, Trambahnen und Busse.
- Die Errichtung sogenannter "Kiezgaragen", d.h. Tiefgaragen, die allen offenstehen. Bauherren von Neubauten sollten ermutigt werden, für ausreichend Parkraum für KFZ und Fahrräder in Tiefgaragen zu sorgen.
- Wir optimieren die Aufteilung des Straßenraums, z.B. durch Schrägparken. Dies schafft mehr Parkplätze.
- Wir wollen darauf hinwirken, dass Supermarktparkplätze oder Stellflächen der öffentlichen Verwaltung außerhalb der Öffnungszeiten für Anwohnerinnen und Anwohner geöffnet werden. Durch diese Möglichkeiten können auch parkende Autos von der Straße geholt werden, wodurch neuer Platz gewonnen wird.
- Mehr Verkehrssicherheit wollen wir durch eine intelligente Gestaltung des Verkehrsraums erreichen, vorrangig müssen Unfallschwerpunkte endlich umgestaltet werden. Diesbezüglich fordern wir mehr Verkehrsspiegel an Kreuzungen und vorangesetzte Haltelinien für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer an Ampeln, um mehr Sichtschutz zu gewähren.
- Ladezonen an neuralgischen Punkten für den Lieferverkehr sowie zentrale Paketboxen für alle Paketdienste, um das Parken in zweiter Reihe zu reduzieren.
- Neben einer unkomplizierten Vergabe von Parkausweisen für Bewohner und lokale Gewerbetreibende soll die Regelung für einen Handwerkerparkausweis auch auf Hebammen und soziale Dienste ausgeweitet werden.

- Ein intelligentes Haltestellenkonzept für Stadttour- und Reisebusse.
- Ein digitales Baustellenmanagement, das einen reibungslosen Verkehrsfluss gewährleistet.
- Das Projekt der autofreien Friedrichstraße, so wie es bisher im Modellprojekt umgesetzt worden ist, lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir im Dialog mit den Immobilieneigentümern, Gewerbetreibenden und Anwohnern ein Konzept zur wirtschaftlichen Wiederbelebung der Straße führen, der ergebnisoffen auch Veränderungen der Straßennutzung beinhalten kann.
- Die City-Maut lehnen wir ebenso ab wie sogenannte Begegnungszonen auf öffentlichem Straßenland.
- Der Bezirk braucht keinen bezirklichen Abschleppdienst. Privatwirtschaftlich funktioniert das besser als bei einer Verwaltung, die bislang noch grundsätzliche staatliche Aufgaben unbefriedigend erledigt.

Für mehr Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

Sicherheit und Sauberkeit auf Straßen und in Parks steigern die Aufenthalts- und Erholungsqualität im Bezirk. Dazu ist es nötig, dass

- Parks, und Straßen sowie die Umgebung von U-Bahn- und Busstationen abends und nachts konsequent ausgeleuchtet sind;
- Verunreinigungen schneller behoben werden. Umgekehrt könnten jedoch Flächen für Street Art bereitgestellt werden;
- das Grünflächenamt mehr Ausschreibungen für die Säuberung der Parks vornimmt. Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit haben, über eine App nicht nur überfüllte Mülleimer, Verschmutzungen sondern auch Gefahrenzonen (z.B. Glasscherben, hinterlassenes Drogenbesteck) in Parks an das Bezirksamt melden können;
- Müllsünder effektiver verfolgt werden;
- auch die Müllsituation auf Grünflächen jenseits des S-Bahnringes, etwa rund um den Westhafen die notwendige Beachtung erfährt;
- es insgesamt mehr Sperrmülltage gibt;
- das Konzept der Parkläufer ausgebaut wird. Gerne auch mit Doppelstreifen von Ordnungsamt und privaten Sicherheitsdiensten, um auch Bußgelder zu erheben;
- Gefahrenzonen in Parks durch bessere, lichtere und übersichtlichere Gestaltung entschärft werden.

Ein selbstbestimmter Kiez mit ehrenamtlichem Engagement

Zu einem lebendigen, selbstbestimmten Kiez gehören auch kulturelle Teilhabe, ein starkes Ehrenamt und eine funktionierende Demokratie. Deswegen fordern wir, dass Bürgerentscheide auf Bezirksebene endlich verbindlich werden, Ehrenamt einfach online koordiniert werden kann und sich das Bezirksamt endlich an die Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung halten muss.

Wir möchten, dass die Menschen besser verstehen und mitentscheiden können, wofür der Bezirk ihr Steuergeld ausgibt. Daher setzen wir uns für einen Bürgerhaushalt ein, in den die Bürger eigene Vorschläge einbringen können. Die Darstellung des Bezirkshaushalts muss einfacher werden, damit die Bürger die einzelnen Positionen leichter nachvollziehen können. Wir wollen alle Altersklassen an der Aufstellung des Bezirkshaushalts beteiligen, auch Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Informations- und Diskussionsveranstaltungen an weiterführenden Schulen und Berufsschulen.

Private Initiativen sollen die Möglichkeit bekommen, Spielplätze Schwimmbäder oder andere öffentliche Einrichtungen zu sanieren, solange sie in öffentlicher Hand bleiben.

Für funktionierende Schulen

Bildung legt den Grundstein für ein erfolgreiches Leben und gelungene Integration. Berlin liegt bei Schule und Bildung jedoch im bundesweiten Vergleich auf den hinteren Plätzen. Und wie es um die Wertschätzung des Bezirks für seine Schülerinnen und Schüler bestellt ist, lässt sich bereits am Zustand mancher Schultoilette erkennen. Damit unsere Kinder in der Schule nicht abgehängt werden, müssen nicht nur Lehrplan, Qualität des Unterrichts und personelle Ausstattung stimmen, sondern auch die Infrastruktur. Als Freie Demokraten stehen wir für digitale Prozesse zur Schulplatzvergabe, die beste digitale Ausstattung und autonom agierende Schulen. Mitte als heterogener Bezirk und seine Schulen stehen dabei auch vor großen sozialen Herausforderungen.

- Um mehr Chancengerechtigkeit herzustellen, fordern wir an jeder Schule im Bezirk Mitte kostenlose Nachhilfe- und Förderangebote. Darüber hinaus müssen mehr kostenlose Nachhilfeangebote auch außerhalb der Schule angeboten werden.
- Der Wohnort darf nicht über die Bildungschancen eines Kindes entscheiden. Daher müssen die Einzugsbereiche für die Vergabe von Grundschulplätzen aufgelöst werden.
- Kinder und Eltern müssen frühzeitig Klarheit haben, Deshalb sollen Grundschulplätze frühzeitig vergeben werden und auch die Schulen in freier Trägerschaft in das Zuweisungsverfahren einbezogen werden.
- An- und Ummeldungen von Schülerinnen und Schülern müssen selbstverständlich digital möglich sein.
- Schulen können am besten selbst entscheiden, was sie brauchen. Daher brauchen sie auch mehr finanzielle Autonomie, die Möglichkeit Rücklagen zu bilden und sich (private) Investoren für besondere Projekte zu suchen.
- Patenschaften mit und engerer Kontakt der Schulen zu Unternehmen, Verbänden, Verwaltung und sozialen Trägern eröffnen einen frühzeitigen Einblick in die Arbeits- und Berufswelt, wecken Unternehmergeist und stärken ehrenamtliches Engagement von Schülerinnen und Schülern.

- Wir wünschen allen Schülerinnen und Schülern einen ruhigen Ort zum Lernen. Deshalb unterstützen wir die Bezirksbibliotheken dabei, ihre Öffnungszeiten auszubauen und ihr digitales Angebot zu verbessern.
- Die bezirklichen Musikschulen müssen erhalten bleiben. Privaten Unterrichtsanbietern fehlt es oft am Zugang zu geeigneten, bezirkseigenen Räumen. Beide sichern die kulturelle Bildung im Bezirk. Ehrenamtliche Musik- und Kunst-Projekte brauchen mehr Unterstützung seitens des Bezirks bei der Vernetzung mit Schulen.
- Die digitale Ausstattung muss massiv und unbürokratisch forciert werden. Datenschutzbedenken und "digitalpädagogische Konzepte" dürfen einer Digitalisierung der Schulen nicht im Wege stehen, sondern müssen angemessen abgewogen werden.
- Wir wollen Lehrkräfte entlasten, indem wir jeder Schule eine festangestellte IT- Fachkraft für den Digitalisierungsschub der Berliner Schulen zur Seite stellen. Denkbar sind auch Modelle, bei denen sich eine IT-Fachkraft um einen Schulverbund kümmert.
- Die Nutzung der Digitalpakt Mittel des Bundes muss unverzüglich angegangen werden und auch ohne abgeschlossenes digital-didaktisches Konzept möglich werden; diese Konzepte können nachlaufend und unter Nutzung der dann mit der digitalen Ausrüstung gemachten Erfahrungen erstellt werden.

Für eine soziale Mitte

Eine gute Integration für ein selbstbestimmtes Leben

Berlin-Mitte ist vielfältig und das Zuhause zahlreicher Kulturen und Einflüsse. Damit die Menschen, die zu uns kommen um sich den Traum von einem besseren Leben zu erfüllen, die besten Voraussetzungen haben, fordern wir Freien Demokraten,

- dass Sprachstandserhebungen nach einheitlichen Kriterien bereits in der KiTa erfolgen. Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Schullaufbahn;
- dass nicht nur die Sprachkenntnisse von Kindern gefördert werden, sondern auch erwachsenen Geflüchteten und Migrantinnen Sprach- und Integrationskurse unkompliziert angeboten werden, gerne online auch über die Pandemie hinaus, ergänzend zum stationären Angebot;
- dass die Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums in Deutschland, unabhängig vom vorherigen Aufenthaltsstatus, den Aufenthalt mindestens so lange erlaubt, wie die Betroffenen dem Studium oder der Ausbildung nachgehen;
- dass, solange es die hohen Anforderungen an den Infektionsschutz in der Coronazeit erfordern, Geflüchtete zuallererst in bestehenden Landeseinrichtungen oder übergangsweise in, wegen der Pandemie ungenutzten Hotels und Hostels untergebracht werden.

Bessere Unterstützung für Suchtkranke

In Mitte brauchen wir mehr Angebote für Suchtkranke. Daher setzen wir uns für mehr Anlaufstellen mit hinreichenden Öffnungszeiten in unserem Bezirk ein. Ebenso wollen wir dort vermehrt sicherer Konsum mittels Drug-Checking ermöglicht.

Wohnungslosen Menschen in Mitte schnell helfen

Die wenigsten Menschen leben freiwillig auf der Straße. Wir wünschen uns, dass wohnungslose Menschen möglichst schnell ein Dach über dem Kopf bekommen. Deshalb fordern wir

- nach dem „Housing First“-Prinzip, mehr Wohnungslose schnell in kostengünstigem und dauerhaftem Wohnraum unterzubringen oder übergangsweise in ungenutzten Hotels und Hostels;
- innovative Wohnraumlösungen wie ein Modellprojekt „Tiny Houses“ für Wohnungslose;
- mehr Fördergelder für die Stadtmission an der Lehrter Straße und deren Tageseinrichtung „Warmer Otto“ in der Wittstocker Straße;
- Wohnungslose direkt anzusprechen – mit Hilfe ausgeteilter Handys und Ansprechpartnern - nach dem Modell der „Task Force Obdachlosigkeit“, die aufgrund der Pandemie eingerichtet wurde;
- mehr Sozialarbeiter und
- eine monatlich aktuelle Statistik im Bezirk zur Wohnungslosigkeit in Mitte.

Prostitution

Zwangsprostitution ist in erster Linie eine Frage der Strafverfolgung. Die Betroffenen sind nicht die Täter, sondern Opfer. Das Bezirksamt ist hier auch in der Verantwortung, bessere Hilfs- und Beratungsangebote zu machen, die Ausstiegsmöglichkeiten eröffnen oder Suchtkranke angemessen zu begleiten.

Die Rahmenbedingungen für freiwillige Prostitution möchten wir aber auch generell verbessern. Prostituierte sollen ihre Dienste in einer sicheren und hygienischen Umgebung praktizieren können. Deswegen fordern wir kostenlose Gesundheitschecks und kostenlose Deutschkurse für Prostituierte, einen Ausbau seelsorgerischer Angebote und Hilfsprojekte vor Ort, wie die Anlaufstelle OLGA, sowie Verrichtungsboxen in der Kurfürstenstraße.

Um das Straßenbild rund um den Magdeburger Platz gepflegter zu gestalten, fordern wir die Einführung einer zusätzlichen Abteilung des Ordnungsamtes in Kooperation mit der Stadtreinigung für diesen Bereich. Darüber hinaus muss diese Abteilung in direktem Austausch mit den Anwohnern vor Ort in Form von organisierten Bürgertreffen stehen. Weiterhin sollen Hauseingänge, Einfahrten und weitere dunkle Bereiche rund um den Magdeburger Platz und die Seitenstraßen heller beleuchtet werden. Offensive Bestreifung des Quartiers rund um den Magdeburger Platz durch die Polizei sorgt

dafür, dass der dortige Drogenhandel und die damit einhergehende Kriminalität zurückgedrängt werden.

Häusliche Gewalt bekämpfen

Sorgen bereiten uns die rasant gestiegenen Vorfälle häuslicher Gewalt während der Pandemie. Um Frauen und Männer und ihre Kinder besser zu schützen, fordern wir den Ausbau von Schutzplätzen, sowie auch hier übergangsweise die Unterbringung von Betroffenen in Hotels. Im Bezirk Mitte braucht es eine Personaloffensive im Jugendamt um den Anforderungen des Kinderschutzes gerecht zu werden. Die Zahl der Frauenhausplätze muss ausgeweitet und die Zahl der Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen erhöht werden. Barrierefreiheit und Mutter-Kind-Plätze auch für ältere Kinder sind dabei zu berücksichtigen. Die Gewaltschutzambulanz in Moabit muss langfristig finanziell abgesichert werden.